

Einfach unappetitlich

Diana Skibbe, Sprecherin für Verbraucherschutz, zu den Vorgängen um und bei SODEXO

Die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen den Caterer SODEXO hat Diana Skibbe, Sprecherin für Verbraucherschutz der Thüringer Linksfraktion, kritisiert. Sie nannte es „schon merkwürdig, dass gerade die Staatsanwaltschaft Darmstadt die Ermittlungen gegen die Verursacher der größten Krankheitswelle mit Brechdurchfall in der Geschichte der Bundesrepublik einstellt“. Schließlich sei der Stammsitz des deutschen Ablegers SODEXO im benachbarten Rüsselsheim zu finden.

Unverständlich sei, dass mit einer kurzen Entschuldigung und einem Büchergutschein von 50 Euro wieder zur Tagesordnung übergegangen werde. „Nach der Infektion von mehr als 11.000 Kindern sowie Lehrerinnen und Lehrern, davon allein über 1.000 in Thüringen, sowie vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der SODEXO-Großküche in Döbeln wird es offenbar keine Ermittlungen oder andere Konsequenzen geben. Hat man Angst, sich mit einem Global Player dieser Branche anzulegen? Warum gibt es keine Stellungnahme des Bundesverbraucherschutzministeriums? Von der zuständigen Thüringer Ministerin kein

Wort?“, fragt die Thüringer Landtagsabgeordnete der LINKEN.

SODEXO als börsennotierte Holding mit einem Jahresumsatz von 16 Milliarden Euro ist in 80 Ländern aktiv. In der neoliberalen Privatisierungswut der letzten 15 Jahre expandierte diese Firma weltweit. Sie beliefert über 50 Millionen Menschen in Kindertagesstätten, Schulen, Krankenhäusern, Kasernen, Behörden und Gefängnissen mit Essen. An Gefängnissen ist SODEXO-USA auch selbst beteiligt, sogar in der BRD. Die SODEXO-Tochter SODAB war an der Planung der privaten Haftanstalt im hessischen Schlüchtern beteiligt.

SODEXO ist auch Erfinder des Gutscheinsystems

„Richtig heftig wird es aber“, so Diana Skibbe weiter, „wenn man sich die Beteiligung bei der deutschen Sozialgesetzgebung anschaut. SODEXO ist der Erfinder des Wertgutscheinsystems für Asylbewerber und der Chipkarten für die Bildungsgutscheine für Kinder aus Hartz-IV-Familien und verdient dabei so richtig mit“.

Die Abgeordnete verweist darauf, dass das Land Berlin in Mitverantwortung der PDS schon im Jahr 2003 die

Gutscheine für 2.700 Asylbewerber in ihrer Hoheit abgeschafft hatte. Damit sparte Berlin in einem Jahr 60.000 Euro an Provisionen an SODEXO. Die LINKE-Politikerin begrüßt, dass jetzt auch in Thüringen die Landkreise in ihrer Verantwortung zunehmend dieses diskriminierende Gutscheinsystem abschaffen.

„Die 50 Euro-Büchergutscheine sind nur beim Schulbuchverlag ‚Cornelsen‘ einzulösen. Die Betriebskantine dieses Berliner Verlages betreibt, wen wundert es: SODEXO. Als LINKE sind wir uns des Skandals bewusst und werden auf allen politischen Wegen unseren Einfluss einbringen, regionale Erzeuger für eine gesunde Ernährung zu favorisieren, statt dass für renditehungrige Börsenspekulanten die Gesundheit der Menschen geopfert wird“, so Diana Skibbe.

Am 24. Oktober hatte die Staatsanwaltschaft Darmstadt angekündigt, dass sie kein Ermittlungsverfahren gegen Sodexo einleitet. „Es ist kein Verschulden der Firmen-Zentrale ersichtlich“, sagte Oberstaatsanwalt Klaus Reinhardt und verwies auf die Ursache für die Erkrankungen, die mit Noroviren verseuchten tiefgefrorenen Erdbeeren aus China.

Abrechnung mit „Präsidenten der Scheinheiligkeit“

Viele Deutsche stehen hinsichtlich der Präsidentenwahl in den USA vor einem Rätsel, schreibt Christoph von Marschall in der Sonntagsausgabe des „Tagesspiegels“ am 28. Oktober 2012. Die Deutschen würden nämlich, wenn sie wählen dürften, zu 80 Prozent für Amtsinhaber Barack Obama von den „Demokraten“ (Parteinamen sind – nicht nur in den USA – Schall und Rauch) stimmen, erläutert der USA-Korrespondent des „Tagesspiegels“. Doch in den Umfragen führt sein Gegenkandidat Mitt Romney von den „Republikanern“ – das sei aus europäischer Sicht kaum nachzuvollziehen, nur vier Jahre nach der Regierung des „Republikaners“ George W. Bush.

Weit mehr Verständnis für diese Konstellation dürfte der Autor Tariq Ali haben, 1943 in Britisch-Indien (heute Pakistan) geboren, später nach Großbritannien ausgewandert und 1968 einer der Aktivisten der internationalen Studentenbewegung.

Er hält Obama für komplett gescheitert, innen- wie außenpolitisch. Sein Buch „Das Obama-Syndrom“ ist eine wichtige Abrechnung mit dem Politiker, der als Hoffnungsträger der Unterprivilegierten in den USA startete und immer noch der „Liebling“ (von Marschall) der Europäer ist. Doch für Ali steht fest, „dass Obama in allen wichtigen Politikfeldern weder besser noch schlechter regierte als Bush“. Er habe Bushs Kurs weitgehend fortgeführt – das ist nun alles andere als ein Lob. Für Ali ist Obama „der Präsident der Scheinheiligkeit“. Er sorgte mit seinem

Auftreten im Wahlkampf, das sich wohl tuend von den konservativen Eifernern abhob, für eine Aufbruchstimmung ohne Gleichen. Die Erwartungen seiner Wähler aber hat er nicht erfüllt, Wahlversprechen gleich reihenweise gebrochen, sich den alten Eliten angeeignet. Folgt man Ali, ist das keine Überraschung, denn einen „Pragmatismus bis zum blanken Opportunismus“ habe Obama schon als Senator im Bundesstaat Illinois gekennzeichnet, als Präsident seien „wohlklingende Banalitäten und stahlgepanzerte Bigotterie“ sein Stil.

Obama habe noch nicht verloren, „aber langsam muss man dem Gedanken Raum geben, dass der nächste amerikanische Präsident Mitt Romney heißen könnte“, schlussfolgert Christoph von Marschall. Für Tariq Ali regieren inzwischen ohnehin meist „nationale Einheitsregierungen“ mit kaum zu unterscheidenden Parteien in den Kernländern des Kapitalismus: „Demokraten“ oder „Republikaner“ in den USA, New Labour oder Tories in Großbritannien, Konservative oder Sozialisten in Frankreich, „große Koalitionen“ in Deutschland... Ali macht sich – unabhängig von der Frage, wer dort der nächste Präsident wird – über die Werte- und Machtstruktur des politischen Systems der USA keine Illusionen: „Das Recht auf Profit gilt als sakrosankt, Alternativen dazu werden nicht diskutiert.“ Seine illusionslose Schlussfolgerung zur internen Logik, zum „Kern der kapitalistischen Demokratie“, dürfte längst nicht nur für „das



Stefan Wogawa

Tariq Ali: Das Obama-Syndrom. Leere Versprechungen, Krisen und Kriege, Wilhelm Heyne Verlag München 2012, ISBN 978-3-453-60239-7, 256 S., 8,99 EUR

Imperium“ (Ali über die USA) gelten: „In Krisenzeiten muss, um das Überleben der Reichen zu sichern, nicht der Kapitalismus gebändigt werden, sondern die Demokratie.“

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Schwere Geschütze

Da ruft der Pressesprecher der regionalen Staatspartei CSU beim öffentlich-rechtlichen ZDF an, um einen Bericht über den Landesparteitag der ohnehin zahmen Landes-SPD zu verhindern. Vergeblich – das ZDF blieb standhaft. Im Vorjahr lief das wohl anders, da beschwerte sich die Sprecherin des bayerischen CSU-Umweltministers Söder beim öffentlich-rechtlichen Bayerischen Rundfunk. Ein kritischer Beitrag über ihren Dienstherrn wurde daraufhin nicht wieder ausgestrahlt...

Nur „Szenen einer Ehe“ von Politik und öffentlich-rechtlichem Rundfunk? Der muss sich unterdessen schwererer Geschütze erwehren. Der bekannte Publizist Henryk M. Broder formulierte kürzlich in unnachahmlicher Art über eine „Institution (...) die man nur als eine Art ‘Gestapo light’ bezeichnen kann. Es ist der verlängerte Arm der ARD und des ZDF, die so genannte GEZ (Gebühreneinzugszentrale)“. Die Frage, ob Broder, nach eigener Darstellung „von einer Kammer des Berliner Landgerichts als ‚Pornograf‘ anerkannt“, noch ganz richtig im Kopf ist, muss man hier gar nicht stellen. In den Medien jedenfalls – ob öffentlich-rechtlich oder privat – wurde über seine Laudatio für die GEZ nicht berichtet. Stattdessen darüber, dass Broder und sein Sidekick, der Politologe Hames Abdel-Samad, trotz schwacher Quote ihre Sendung „Entweder Broder“ fortsetzen.

Dabei handelt es sich um eine Koproduktion der Preview Production mit dem Hessischen, Bayerischen und Saarländischen Rundfunk. Produziert wird sie für die ARD, also einen der Sender, dem laut Broder als „verlängerter Arm“ die „Gestapo light“ GEZ dient. Außerdem ist Broder für diese Sendung mit dem „Bayerischen Fernsehpreis“ ausgezeichnet worden. Den wiederum vergibt die so genannte „Bayerische Staatsregierung“ (CSU).

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: gloeckner@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszuwählenden Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.